

# Abschluss: Gemeinschaftsschüler fürchten Nachteile

Eine Umfrage der Landeselternvertretung zeigt, dass sich eine Mehrheit für die Absage der Prüfungen ausspricht

VON ANNE HOLBACH

**KIEL.** 80 Prozent der Gemeinschaftsschüler in Schleswig-Holstein befürchten durch die Corona-Krise erhebliche Nachteile bei ihren Abschlussprüfungen. Mehr als die Hälfte hält Prüfungen in der aktuellen Situation für nicht machbar. Das hat eine Umfrage des Landeselternbeirates der Gemeinschaftsschulen ergeben. 2637 Schüler, die in diesem Jahr ihren Abschluss machen (21 Prozent der Befragten sind Abiturienten) und Eltern haben sich an der Umfrage beteiligt.

Das Meinungsbild spricht eine klare Sprache: Das Gros der Schüler fühlt sich unzureichend auf schnelle Prüfungen nach den Osterferien vorbereitet. Viele hätten sich eine Absage der Klausuren gewünscht – und eine klarere Informationspolitik des Bildungsministeriums.

„Das Ergebnis zeigt auf dramatische Weise, wie groß die Verunsicherungen und Ängste der Eltern sind, dass den Schülern

erhebliche Nachteile durch die Corona-Pandemie entstehen“, sagt Thorsten Muschinski, Vorsitzender im Landeselternbeirat. Nur 71 Befragte befürchten keine Nachteile bei den Prüfungen.

Für das Abitur hat das Bildungsministerium Prüfungen direkt nach den Osterferien angekündigt, am 21. April soll es mit den Profulfächern losgehen. Beim Ersten allgemeinbildenden Abschluss (ESA, früher Hauptschulabschluss) und dem Mittleren Abschluss (MSA, früher Mittlere Reife) ist der Mai angepeilt.

➔ **Das Gros der Schüler fühlt sich unzureichend auf schnelle Prüfungen nach den Osterferien vorbereitet.**

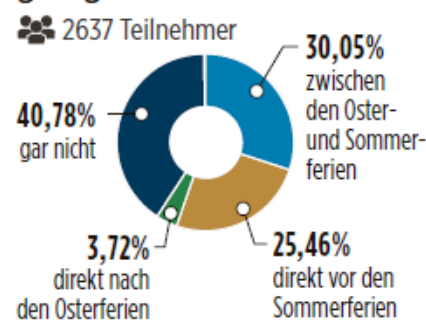
Für Prüfungen direkt nach den Ferien sprechen sich in der Umfrage nur vier Prozent aus. 41 Prozent würden sich wünschen, dass die Prüfungen ganz ausfallen. Die überwältigende

Mehrheit (78 Prozent) hätte einer Absage zugestimmt – allerdings 20 Prozent nur, wenn es keinen Alleingang gegeben hätte. Über die Hälfte der Befragten halten die Prüfungen aktuell für nicht machbar.

Wesentlicher Grund sei die unterschiedlich weit fortgeschrittene Digitalisierung der Schulen, berichtet Thorsten Muschinski. Dadurch würden Schüler massiv ungleich behandelt. „Während an einigen Schulen auf digitalem Wege nahezu ‚echter‘ Unterricht stattfindet, werden an anderen Stellen Arbeitsblätter per Post verschickt und Buchempfehlungen ausgesprochen.“ Für die Prüfungsvorbereitung halten das knapp die Hälfte der Schüler für unzureichend, 45 Prozent bewerten die ausgegebenen Materialien als schlecht.

Um sich angemessen auf ESA und MSA vorbereiten zu können, hält ein Drittel einen Zeitraum von drei bis vier Wochen Unterricht vor den Prüfungen für angemessen. 28 Prozent wären sogar für fünf bis

Wann sollten deiner Meinung nach die Prüfungen geschrieben werden?



KN-Grafik | [lina.schlapkohl@kieler-nachrichten.de](mailto:lina.schlapkohl@kieler-nachrichten.de)  
Quelle: Umfrage LEB GemS Schleswig-Holstein

**Die Umfrage des Landeselternbeirates der Gemeinschaftsschulen offenbart auch die Verunsicherung unter Schülern.**

sechs Wochen. Unzufrieden sind Schüler und Eltern zudem mit dem Umgang des Bildungsministeriums mit der Krise. Ausreichend und schnell genug informiert fühlen sich nur 20 Prozent. Mit den bisherigen Entscheidungen von Karin Priens (CDU) Ressort ist mehr als jeder Zweite unzufrieden. Die Ansicht kann die Landesel-

ternvertretung nur bedingt teilen, so Muschinski. „Im Gegenteil kann festgestellt werden, dass in dieser Ausnahmesituation das Bildungsministerium sowie die gesamte Landesregierung ruhig, besonnen und angemessen reagiert und neue Informationen zeitnah veröffentlicht haben.“ Es dürfe nicht vergessen werden, so der Landeselternbeirat, dass es in der Anfangszeit nahezu stündlich neue Informationen und Fakten gab, auf die es zu reagieren galt.

Kritisch sieht Muschinski jedoch, dass die Elternvertreter lediglich als Informationsempfänger verstanden worden seien und mit ihnen nicht als Partner auf Augenhöhe zusammengearbeitet worden sei. „Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Eltern konkret bei den Prozessen zur Lösungsfindung integriert worden wären.“ In anderen Bundesländern würden Elternvertretungen aktiv in die Beratungen und Entscheidungen mit einbezogen.